

**Rede des Orts- und Fraktionsvorsitzenden Uwe Klein auf dem
Neujahrsempfang der FDP Heusenstamm am 25.01.2026**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

auch wenn wir vor einer Kommunalwahl stehen, möchte ich zu Beginn auch dieses Neujahrsempfangs zunächst einen Blick auf die „große“ Politik werfen.

Schon im ersten Monat des neuen Jahres halten wir, hält die Welt den Atem an, ob den Gefahren, die der US Präsident heraufbeschwört. Gewalt gegen einen Nato-Verbündeten zur Erlangung von Grönland, Belegung der Länder mit Strafzöllen, die sich seinen Absichten entgegenstellen. Ob er davon wirklich Abstand nimmt? Wer will dafür die Hand ins Feuer legen?

Bundeskanzler Merz sagte in Davos, "Ein neues Zeitalter hat bereits begonnen. Wir sind in eine Zeit der Großmachtpolitik eingetreten. Die neue Welt der großen Mächte ist auf Macht, Stärke und – wenn nötig – auch Gewalt gegründet. Sie ist ein gefährlicher Ort."

Wir blicken auf eine Welt, in der die bislang wertebasierte Ordnung, wie wir sie seit dem Ende des zweiten Weltkrieges kennen, wohl Vergangenheit ist.

Die größte Veränderung seitdem war bislang der Zusammenbruch der Sowjetunion und für uns Deutsche die Wiedervereinigung 1989. Eine sehr positive Entwicklung. Der Westen sah sich gestärkt. Der Wettkampf der Systeme zwischen Ost und West schien entschieden. Der Westen dachte in seiner Überheblichkeit, die Demokratie und der Kapitalismus seien überall auf dem Siegeszug.

Aber wie so oft schwingt das Pendel zurück. Putin will die Zeit zurückdrehen und den alten Einflussbereich der UDSSR oder des Zarenreiches wieder herstellen und – wie wir fürchten müssen- erweitern. Bald schon im fünften

Jahr führt er einen gnadenlosen Angriffskrieg gegen die Ukraine, ein souveränes europäisches Land.

In China bleibt das Monopol der KP unangetastet. Die Partei will das sozialistische Ethos weiter stärken und so den Wohlstand seiner Bevölkerung weiter verbessern.

In den USA hat vor einem Jahr ein Präsident seine zweite Amtszeit angetreten und das Land in kurzer Zeit so verändert, wie sich das wohl kaum einer hätte vorstellen können. Trump und seine Hintermänner üben politische Macht aus, ohne sich verfassungsmäßigen Beschränkungen unterworfen zu sehen. Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bleiben auf der Strecke. Ausgerechnet in dem Land, das -zusammen mit Großbritannien und Frankreich- bei Gründung der Bundesrepublik die Korsettstangen eingezogen hat, um der Demokratie bei uns den Bestand zu sichern. Daher rühren bspw. unser Föderalismus und die autonomen Landesrundfunkanstalten. Unser Grundgesetz konnte erst verabschiedet werden, nachdem die Alliierten es genehmigt hatten. Die USA spielten eine entscheidende Rolle bei der Errichtung unseres freiheitlichen, demokratischen und sozialen Bundesstaates. Begriffe, die für unsere westliche Wertegemeinschaft stehen.

Aber was bleibt von dieser Gemeinschaft übrig, wenn sie im wichtigsten Land der westlichen Welt, dem -bislang?- wichtigsten Bündnispartner Deutschlands und der EU nicht mehr gelebt werden? Oder von den Regierenden dort so interpretiert werden, dass sie beim Umbau der USA in einen eher autokratischen Staat nicht stören; in einen Staat, der sich von Europa abwendet oder Europa gar als feindlich betrachtet.

Für die Hintermänner von Trump und seinen Vice Vance sei die parlamentarische Demokratie längst tot, schreibt Oliver Rathkolb vom Institut für Zeitgeschichte an der Uni Wien.

Beobachter der Szene mutmaßen, ein kleiner abgehobener Club der reichsten und einflussreichsten Männer in den USA wollten sich ihre libertären Zonen einrichten und ihre -auch über unseren Planeten hinausreichenden- Ideen und Pläne ungehemmt verfolgen können.

Traurig, aber wahr. Gerade jetzt sind wir schlecht gerüstet, um den bestehenden Herausforderungen zu begegnen.

- Wir müssen unsere Verteidigungsfähigkeit im Verbund mit den europäischen Partnern herstellen. Sonst verlieren wir unsere Freiheit.
- Und wir müssen unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten zurückgewinnen. Sonst verlieren wir unseren Wohlstand.

Wir müssen unsere Verbindungen zu anderen Ländern und Kontinenten stärken, zu Kanada, Japan, Indien, Australien, den Ländern in Südamerika. Diejenigen, die das Mercosur- Abkommen im EU-Parlament ausbremsen, stoßen zurecht auf heftige Kritik.

Wir haben auf eine Welt der Arbeitsteilung gesetzt und gut damit gelebt. Das bedingt immer auch, Vertrauen in die Partner zu setzen. Nur haben wir uns dabei in Abhängigkeiten begeben, die unsere Handlungsmöglichkeiten einschränken.

Aber auch China ist davon abhängig, dass seine Abnehmerländer nicht ins Straucheln geraten und seine Exportmärkte Bestand haben. Der US-Präsident hat bei seinen jüngsten Vorstößen erlebt, dass die Finanzmärkte reagieren und schnell kippen können. Für sein Land, mit der höchsten Verschuldung weltweit, war dies ein Warnschuss.

So ist unsere Lage, die Lage des – noch- freien Teils der westlichen Welt, ernst, aber keinesfalls aussichtslos. Vieles muss sich in unserem Land selbst verändern, wirtschafts- und gesellschaftspolitisch. Als letzten größeren Wurf wird man an die Agenda 2010 von Gerhard Schröder denken. Sie hat der Wirtschaft damals wesentliche Erleichterungen gebracht hat.

Schröder verlor sein Amt, die SPD sieht sich teilweise noch immer in der Pflicht der Wiedergutmachung, um ihre Wähler zurückzugewinnen. Bundeskanzlerin Merkel hat in ihrer Amtszeit lange von dieser Agenda profitiert. Die Wirkungen ihres Kurses der Sozialdemokratisierung der CDU blieben so aber lange Zeit verdeckt.

Ein noch schlimmeres Schicksal ereilte die FDP, als sie ihr Forderungspapier für einen Politikwechsel an ihre Ampelkoalitionäre richtete. Es führte zum Ende der Koalition und zum Ausscheiden der FDP bei der letzten Bundestagswahl.

Noch vor der Amtseinführung der neuen Regierung sind nun fiskalisch alle Dämme gebrochen. Die Schuldenbremse wurde faktisch beerdigt, und das Geld wird mit vollen Händen weiter und zusätzlich ausgegeben. Für einen überbordenden Staat. Für eine Sozialpolitik, die von der Nothilfe zur Politik der lebenslangen Begleitung mutiert ist und oft gerade nicht zur Lösung von Problemen oder Problemlagen der Bürgerinnen und Bürger führt.

Wolfgang Kubicki, FDP-Vize und für deutliche Worte bekannt schreibt:

Dabei ist die haushaltspolitische Enthemmung zwar katastrophal, aber nicht das Schlimmste. Das Schlimmste ist, wie diese Politik die gesellschaftliche Spaltung in diesem Land befördert hat. Denn mangels realpolitischer Lösungsansätze wurden Themen zu Glaubensfragen hochstilisiert. Die Frage, ob man latent rassistisch sei, wurde plötzlich entlang der Bewertung der administrativen Handhabung der Flüchtlingskrise diskutiert.

Und es gibt weitere Beispiele, bei denen sich Linke, Grüne und SPD moralisch überhöhen und bürgerliche Politik diskreditieren. Wer ihren moralischen Ansprüchen nicht genügt, wird in die rechte Ecke gestellt und mundtot gemacht. Die Amerikaner greifen dies gern auf, um ihre Solidarität mit den Parteien am rechten Rand zu legitimieren.

Wer nicht gendert ist frauenfeindlich, wobei die Frauenfeindlichkeit in Kulturen, aus denen viele Menschen zu uns kommen, gern übersehen wird. Wer Kritik an einer in vielen Bereichen verfehlten Klima-, Energie oder Umweltpolitik übt, ist ein Klimaleugner. Ständig muss man aufpassen, niemanden zu diskriminieren. Diskriminierung findet heute angeblich überall statt. Der Bildungspsychologe Hasselborn gibt ein Beispiel aus der - im Argen liegenden- Sprachförderung in Kitas:

Die Kindergarten-Philosophie mit ihrer Bedürfnisorientierung unterteilt Kinder nicht in Gruppen. Wenn ich Sprachübungen aber mit 16,17 Kindern mache, was passiert mit den drei, vier oder vielleicht auch fünf Kindern in der Gruppe, die erheblichen Sprachförderbedarf haben? Die merken schnell, die anderen können das besser. Also sagen sie nichts. Unsere Empfehlung war, die Kinder mit deutlichen Entwicklungsrückständen aus der Gruppe zu separieren, sodass sie nicht mehr den direkten Vergleich haben, und in der kleineren Gruppe zu spielerischen Sprachübungen zu motivieren. Das stieß aber auf Widerstand bei den Trägerverbänden. Sie wollten die Kinder mit Förderbedarf nicht diskriminieren.

Der Staat hat sich selbst überfordert und an einigen Stellen aufgehört, so zu funktionieren, wie er soll. Ein wichtiges Beispiel ist die Bewältigung der Flüchtlingskrise, die sich zum zehnten Mal jährte und mit dem ikonisch gewordenen Satz der damaligen Kanzlerin „Wir schaffen das“ verbunden ist.

Die Rechte weidet sich an den Defiziten und deren Folgen. Die AfD gewinnt ihren Zulauf nicht durch eigene Stärke. Was den Umgang mit ihr zusätzlich schwer macht ist: Die Partei hat für sich selbst noch nicht geklärt, wofür sie eigentlich steht und welchen Sinn und Zweck sie hat? Sieht sie in unserem Land einen Staat, der es verdient verteidigt zu werden? Oder muss das Land erst wieder ein Staat für die Deutschen werden und wie soll er dann aussehen? Wer setzt sich in der Partei durch? An diesen Fragen sind schon eine Reihe von Vorsitzenden gescheitert.

Der Europa- und Völkerrechtler Daniel Thym fordert: Bevor in noch mehr Ländern radikale Kräfte dominieren, die Defizite nutzen, um einen ethnischen Nationalismus voranzutreiben, muss ein politischer Richtungswechsel stattfinden. Die Gesetzgebung muss entschlackt werden. Es braucht eine zeitgemäße Interpretation der Grundrechte. Den richtigen Ansatz sieht er in der Änderung des EU-Rechts. Das ist ein dickes Brett, was uns aber nicht abhalten darf, auch an den Grundlagen für eine bessere Politik zu arbeiten.

Ich möchte nochmal auf Kubicki zurückgreifen, der schreibt:

In unserem Land steckt großes Potenzial – auch zur wirtschaftlichen Erneuerung. Um dieses Potenzial zu entfesseln, muss die Bundesrepublik ihre mindestens seit 2015 eingeübten Rituale radikal beenden. Das Heil liegt nicht in immer größeren Ausgaben, die strukturelle Probleme übertünchen. Das Heil liegt allein in den Bürgerinnen und Bürgern. Nur ihre Einsatzbereitschaft, ihr Können und ihre Leistungsbereitschaft können den Karren aus dem Dreck ziehen. Als Staat sollte jede Bundesregierung daher alles dafür tun, die notwendigen Bedingungen dafür optimal zu erfüllen. In einem Land, in dem Leistung und Initiative sich lohnen, werden diese Potentiale entfesselt.

Ich möchte zur Kommunalpolitik bei uns im Kreis und in der Stadt kommen.

Zum Kreis

Seit 2021 gehöre ich der FDP-Kreistagsfraktion an, wir sind acht FDP Mitglieder, zwei nicht parteigebundenen Einwohnernvertreter aus Langen haben sich uns angeschlossen). Ich bin Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Arbeit, dem Kreisjugendhilfeausschuss und der Betriebskommission des Eigenbetriebs Rettungsdienst. Große Aufgaben des Kreises sind

- Schule und Bildung,
- Arbeitsmarkt, Stichwort Jobcenter
- Jugend und Familie
- Sonstige soziale Leistungen und Asyl

Der Kreis wird 2026 knapp eine Mrd. ausgeben, bei 24 Mio. € Defizit. Von Land und Bund kommen als Zuweisungen und sog. Transferleistungen grob 420 Mio.€. Die aber bei weitem nicht auskömmlich sind, um die dem Kreis übertragenen Aufgaben zu finanzieren. Die 13 Kreiskommunen müssen über die Kreis- und die Schulumlage rd. 480 Mio. € aufbringen. Der Rest kommt über Entgelte und Kostenerstattungen rein .

Heusenstamm zahlt an den Kreis 23,4 Mio.€. Das sind rd. 5% dessen, was die Kommunen an den Kreis abführen. Für unsere Stadt ist das bald jeder 3. Euro, der aus dem Stadtsäckel fließt, bei rd. 77 Mio. Aufwendungen insgesamt. Unser größter Haushaltsposten, vor den Kosten für Personal und Kinderbetreuung. Es lohnt sich also mehr darauf zu achten, was im Kreis geschieht. Das Interesse und die Berichterstattung sind leider eher mau.

Die Kreisumlage ist seit 2015 um etwa 70 % gestiegen. Die Reallöhne dagegen liegen 2025 nur wenig über dem Wert von 2015. Die Belastung für Städte und Gemeinden wächst deutlich stärker als das, was die Menschen real mehr verdienen. Wenn Kommunen immer mehr an den Kreis abführen müssen, bleibt vor Ort weniger übrig –das führt längst zu höheren Steuern, zum Beispiel bei der Grundsteuer B, die wir alle über das Wohnen aufbringen müssen.

Wir haben im Kreistag gefordert, die Notbremse bei der Kreisumlage zu ziehen: keine weiteren Erhöhungen. Statt immer neue Belastungen durchzureichen, muss der Kreis seine Ausgaben endlich konsequent prüfen – erst priorisieren und sparen, dann über mehr Geld reden.

Seit 20 Jahren besteht eine Koalition aus CDU und SPD (davor aus CDU und FDP). Sie verweist darauf, nichts machen zu können. Der Ausgleich von Bund und Land für übertragene Aufgabe insbesondere im Sozialbereich reiche eben nicht aus. Es müsse endlich der Grundsatz gelten, wer bestellt, bezahlt.

Das hört sich gut an, greift aber zu kurz. Der Hauptgeschäftsführer des Landkreistages hat hier wenig Hoffnung. In einem Beitrag schildert er die Position der Bundesregierung wie folgt:

Solange die Finanzlage des Bundes so belastet ist wie jetzt, also noch stärker als die der Länder und Kommunen, so lange kann für den Bund keine Pflicht zum Ausgleich bestehen.“ Die Länder argumentierten ebenso. Man fragt sich dann nur, warum die Länder ihre Zustimmung zu Gesetzen nicht verweigern, die zu Kosten ohne vollen Ausgleich bei Ihnen oder den Kommunen führen.

Es muss endlich weniger bestellt werden. Die Ausgaben insbesondere für die Eingliederungshilfe und die Jugendhilfe steigen und steigen. Keine Ebene kann sich die Kosten leisten. Der Präsident des Bundessozialgerichts schreibt:

Der Sozialstaat braucht mehr als ein Facelifting. Gesetzliche Ansprüche ohne das nötige wirtschaftliche Fundament sind letztlich wertlos und untergraben das Vertrauen in den Staat.

Im Kreis nichts machen zu können, ist eine Ausrede. CDU und SPD regieren bei uns im Kreis, im Land und im Bund. Wer, wenn nicht sie sollte etwas machen können. Wir vermissen ambitionierte Sparbemühungen auch auf der Kreisebene selbst. Wir sehen keine Initiative, Dinge grundlegend zu verändern. Man ist weiterhin großzügig im Personalbereich, schafft immer neue Stellen, sorgt für Höhergruppierungen, dauerhafte Zulagen und bietet weiter Altersteilzeit an.

Es wird viel Papier beschrieben und berichtet, was alles gemacht wird. Auf die Ergebnisse all dessen und die Effizienz wird gar nicht oder wenig eingegangen. Wir müssen es jeweils hinterfragen. Im Haushalt gibt es kaum Angaben, welche Leistungen dem Aufwand der einzelnen Dienste gegenüberstehen. Unser Antrag, dies zu ändern und vorhandene Kennzahlen anzugeben, wurde von CDU und SPD abgelehnt.

Wir haben als FDP Initiativen ergriffen, damit die Einführung der Bezahlkarte für Asylsuchende schneller erfolgen kann. Aktuell beantragen wir, die

gesetzliche Regelung zu nutzen, Asylbewerber gemeinnützige Arbeiten verrichten zu lassen. Dabei können wir auf Erfahrungen anderer Landkreise verweisen, dass dies der Integration und dem Spracherwerb sehr förderlich ist. Den Vorwurf, rechte Narrative zu bedienen, müssen wir dabei aushalten.

Wenn die FDP keinen Druck im Kreistag macht, macht ihn kaum jemand. Die Mitglieder der beiden Koalitionsparteien legen den Finger nicht in die Wunde. Um unsere Arbeit im Kreis fortsetzen zu können, ist ein gutes Wahlergebnis auch bei der Kreistagswahl wichtig.

Zu Heusenstamm

Unsere Stadt ist finanziell in einer besonders schwierigen Situation. Um ihre Zahlungsfähigkeit sicherzustellen musste die SVV im November in einer außerordentlichen Sitzung die Erhöhung des Rahmens für Liquiditätskredite von 10 auf 18 Mio. € beschließen. Im Haushalt 2026 wird der Rahmen auf 22 Mio. € weiter erhöht. Der Rückgang liquider Mittel betrug im Jahr 2025 17,0 Mio. €. Mit dem Verkauf des städtischen Wohnungsbestandes müssen die angefallenen Verluste gedeckt werden. Das kann man aber nur einmal machen.

In den Haushaltsdebatten mahnen wir immer wieder an, die angekündigten Konsolidierungsmaßnahmen endlich anzugehen. Bei den Personalkosten hat die kritische Aufgabenprüfung immer noch nicht stattgefunden. Sie soll nun laut dem Haushaltssicherungskonzept in den Jahren 2026 - 28 folgen.

Die Gebührenfreistellung für die Betreuung von Kindern älter als drei Jahre hat sich Heusenstamm nie leisten können. Auf unsere Initiative wird jetzt eine Gebühr erhoben. Die dabei vom Magistrat eingeführten 13 Gebührenstufen schaffen ein kompliziertes System. Die angestrebten Einnahmen werden aus heutiger Sicht aber weit verfehlt.

Auch die SPD beklagt die Finanzlage. Sie war es, die sich in der letzten Amtsperiode vehement für den Bau eines sog. Familienzentrums auf dem Gelände des Gemeindehauses von St. Cäcilia eingesetzt hat. Wir haben uns

heftig gegen dieses Vorhaben gewehrt, es hätte uns in den finanziellen Ruin gestürzt. Die katholische Kirche hat jetzt ein Konzept für eine Wohnbebauung auf ihrem Gelände angekündigt. Eine gute Entwicklung, an der wir durch unsere Politik teilhaben. Wir unterstützen auch die von der Kirche geplante Errichtung von Wohngebäuden auf dem Gelände der ehemaligen Kita in der Berliner Straße.

Eine gute Entwicklung zeichnet sich auch für das Gelände des ehemaligen Fernmeldezeugamtes ab. Hier hatten wir uns gegen eine viel zu enge und phantasielose Bebauung mit Geschosswohnungen gewandt. Das Projekt wurde von dem vormaligen Bürgermeister Öztas und der Kooperation aus SPD, Grünen und Freien Wählern verfolgt. Sie hatte ihre Mehrheit verloren, so konnten wir mit der CDU – wie auch bei dem Familienzentrum St. Cäcilia – den Plänen einen Riegel vorschieben.

Heusenstamm hat wenig freie Flächen für Gewerbe, um zu wachsen und die Einnahmen aus der Gewerbesteuer zu erhöhen. Erhöht wurde ab diesem Jahr der Hebesatz zur Gewerbesteuer, um auf diese Weise das Aufkommen von 13 Mio. € zu erhalten. Wir halten das für falsch.

Die FDP hat beantragt, eine Flächenstrategie für Heusenstamm zu entwickeln, insbesondere im Hinblick auf vorhandene und neue Gewerbeflächen. Dem ist entsprochen worden. Auf unsere Initiative wurde auch der Anteil des Gewerbes in den bereits vorhandenen Gebäudebestand auf dem Campus auf 70 % festgeschrieben. Auf den bislang unbebauten Flächen entstehen jetzt zwei riesige Rechenzentren. Dort wird alles auf ein Unternehmen gesetzt. Ob riesige Change oder Klumpenrisiko muss sich erst noch erweisen. Eine Diskussion über dieses Vorhaben war nicht erwünscht, wir haben eine ganze Reihe von Anläufen dazu unternommen. Sie wurden alle abgelehnt.

Der Campus ist als urbanes Gebiet vorgesehen. Im Hinblick auf betreutes Wohnen, Hotel, Schule oder Kita u.ä. halten wir den Standort nicht für die Rechenzentren geeignet. In Dietzenbach baut sie der gleiche Investor neben großen Lager- oder Industriegebäuden. Bei einer Baustellenbesichtigung in

Heusenstamm räumte der Projektmanager ein, dass Bau und Betrieb der Rechenzentren neben den insbesondere im Hochhaus vorhandenen Nutzungen neue und ganz besondere Herausforderungen mit sich brächten.

Als besonderer Vorteil der Rechenzentren wurde vom Magistrat herausgestellt, dass dort mit nur 70 neuen Arbeitsplätzen wenig Verkehr entsteht. Aber: Die Fläche ist mit der S-Bahn, dem Busbahnhof und zwei Zufahrtstraßen verkehrsmäßig bestens angebunden. Die nahegelegenen Geschäfte in der Innenstadt können eine Belebung durch mehr Beschäftigte und Besucher auf dem Campus sehr gut vertragen. Jetzt bekommen wir zwei No-Go- Areas, eingezäunt, bewacht und mit wenig Menschen.

Die Grünen haben bei den Rechenzentren alles mitgetragen. Sie führen im Umweltausschuss den Vorsitz, dieser wurde aber bei den Beschlussfassungen entgegen der für das Stadtparlament geltenden Geschäftsordnung nicht beteiligt. Wir kennen die Absprachen zwischen CDU und Grünen nicht. Bei der Verkehrspolitik dürften jedenfalls die Grünen bedient werden. Erklärte Politik ist, nichts zu machen, was nicht auch dem Radverkehr dient.

Leuchtturmprojekt ist der Verkehrsversuch in der Industriestraße. Zwei breite Schutzspuren an den Rändern für den Radverkehr führen zu nur noch einer Fahrspur mittig für den Autoverkehr in beide Richtungen. Die Freigabe der zumeist recht breiten Fußwege beiderseits der Straße für Radfahrer wurde aufgehoben, sie müssen jetzt auf die Fahrbahn. Die alte Regelung sei angeblich nicht mehr zulässig.

Das stimmt aber nicht. Auf Fußwegen, die für Radfahrer frei gegeben sind, müssen Radfahrer mit Schrittgeschwindigkeiten fahren, die Fußgänger haben Vorrang und sollen nicht gefährdet werden. Die alte Regelung hat nie zu Problemen in der Industriestraße geführt. Sie gilt weiterhin auch für andere Stellen in der Stadt.

Jetzt müssen Autofahrer bei Gegenverkehr auf die Radspur wechseln. Dabei dürfen sie keinen Radfahrer rechts von sich übersehen, der gleichauf fährt oder gar gerade überholen will. Das führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern schafft bislang nicht gekannte Gefahrenlagen. Deshalb ist das Anbringen breiter Schutzstreifen nach der geltenden StVO auch nur dort erlaubt, wo der Autoverkehr diese nicht ständig überfahren muss.

In der kommenden SVV soll endlich darüber beschlossen werden, wie den Fußgängern die Querung der Frankfurter Straße in Höhe des dort entstandenen weiteren REWE-Marktes bzw. der dort angesiedelten Postagentur erleichtert werden kann. Dazu sollte ursprünglich ein Kreisel gebaut werden. Begründung: So entstünde auch für Radfahrer ein Vorteil, nämlich eine direkte Anbindung an den sog. „Julianen-Pfad“, dem Weg zwischen dem Cafe Schäfer und dem Parkplatz.

Gemäß der Argumentation bei der Industriestraße hätte auch dieser Fußweg nicht von Radfahrern genutzt werden dürfen. Tatsächlich ist die Freigabe für Radfahrer letztes Jahr dort auch aufgehoben worden. Der Radverkehr muss jetzt durch die Pfortenstraße fahren. Das ist weder komfortabler noch sicherer und damit alles andere als ein Fortschritt.

Wir hatten wir gleich gefordert, statt einem Kreisel einen Fußgängerüberweg zu schaffen. Der Magistrat nahm seine Vorlage zurück, um erneut in die Prüfung zu gehen. Nun soll nun über einen Fußgängerüberweg abgestimmt werden. Wäre unser Vorschlag angenommen worden, könnten wir den Fußgängerüberweg längst haben.

Die meisten von uns werden Auto fahren, Rad fahren und zu Fuß gehen. Wir wollen eine Verkehrspolitik, die alle Verkehrsteilnehmer in den Blick nimmt und sich nicht nur auf den Radverkehr fokussiert, und dies - wie wir meinen- mit fragwürdigen Ergebnissen.

Ja, wir sind kritisch und stellen Fragen, um unserer Kontrollpflicht als Stadtverordnete zu genügen. Wir sehen unsere Aufgabe nicht darin, bequem zu sein. Aber wir bleiben sachlich und sind konstruktiv.

Auf dem Neujahrsempfang der Stadt vor einer Woche dankte der Bürgermeister allen ehrenamtlich Tätigen der Stadt. Seinen Dank erstreckte er ausdrücklich auch auf Kritik, die geäußert werde. Ich denke, dies ist eine gute Grundlage, um weiterhin zum Wohle von Heusenstamm und seinen Bürgerinnen und Bürgern im Stadtparlament zusammenzuarbeiten.

Freie Demokraten beteiligen sich an dieser Arbeit und tun dies gern auch weiterhin. Auf unserer Liste zur Kommunalwahl stellen sich Ihnen 17 Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Wahl. Einige können Sie gleich näher kennenlernen. Wer dann in den nächsten 5 Jahren über die Geschicke der Stadt mitbestimmt, liegt an der Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger.

Sich einer Wahl stellen und wählen gehen sind die Eckpfeiler der Demokratie. In der großen Politik wird aktuell wie kaum zuvor darum gerungen, sie zu erhalten. Gelebt werden muss die Demokratie aber im Kleinen, gerade hier in den Kommunen, den Städten und Kreisen. Wo sie unmittelbar erfahrbar ist.

Am 15. März können wir bei der Wahl der Stadtverordneten und der Kreistagsmitglieder zeigen, dass wir Demokratie ernst nehmen. Mit der Bereitschaft, Zeit aufzuwenden um uns zu informieren, zur Wahl zu gehen und Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien zu wählen, die unseren demokratischen Rechtsstaat bejahen und stärken wollen. Wenn Sie ihre Stimmen Freien Demokraten geben, freuen wir uns.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit